Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 231. Freitag den 19. August 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Verpachtung.

Der hiesige **Schwanenteich** soll **zur Fischzucht** und **Benutzung als Eisbahn** anderweit **auf 6 Jahre,** vom 1. November 1881 bis 31. October 1887, **an den Meistbietenden verpachtet** werden.

Die Versteigerung findet

Montag den 29. dies. Mon.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, statt.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 15. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stäß.

Gewölbe-Vermiethung.

Das bisher an das Dommmäntelgeschäft der Firma P. Schoochong vermiethete **Gewölbe** sammt **Entresol** im „Mauricianum“, Grimmaische Straße Nr. 10, wird zum 1. April 1882 miethfrei und soll von diesem Zeitpuncte an, nach Befinden auch früher, auf **sechs Jahre** im Wege der Licitation anderweit vermiethet werden.

Reflectanten werden ersucht, sich

Montag, den 22. August c.
Vormittags 11 Uhr

im Universitäts-Rentamte (Paulinum, Nordfl., 1. Etage) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Licitationsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus; auch bleibt die Auswahl unter den Licitanten und die Entschließung in der Sache überhaupt vorbehalten.

Leipzig, am 9. August 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 19. August.

Aus dem revolutionairen Lager wird berichtet, daß die Einleitungen für den bevorstehenden Wahlkampf mit größter Energie getroffen werden, und daß Siegesfreude und bewundernswerthe Zuversicht unter den Anhängern des Zukunftsstaates zu finden sind. Man wird in der That mit größter Spannung der Haltung und den Erfolgen der Socialdemokraten bei den Wahlen entgegen sehen dürfen. Sie treten zum ersten Mal unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes an die Wahlurne heran; in ihren bedeutendsten Sitzen ist überdies der „kleine Belagerungszustand“ verhängt; die öffentliche Wahlagitation ist ihnen also unmöglich gemacht, die geheime erschwert.

Gleichwohl haben sie alle Vorbereitungen getroffen, in die Wahlbewegung einzugreifen, und in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen stehen ihre Candidaten bereit. Vor der Anzahl socialdemokratischer Abgeordneten wird man, nachdem die Partei es zur Zeit ihrer höchsten Blüthe nicht über ein Dutzend gebracht hat, keine ernsteren Besorgnisse zu hegen brauchen. Neue Wahlkreise werden die Socialdemokraten schwerlich gewinnen, in vielen aber sind sie so zahlreich, daß sie, wenn auch keine Hoffnung auf den Sieg, so doch die sichere Aussicht haben, bei den zu erwartenden engeren Wahlen ausschlaggebend mitzuwirken. In welcher Richtung sie Dies thun werden, wird eine für das Schlußergebniß der Wahlen sehr wichtige Frage sein. Es werden dabei aller Voraussicht nach zwei verschiedene Erwägungen und Strömungen sich kreuzen. Einmal haben die Socialdemokraten ein Interesse daran, Candidaten zum Sieg zu verhelfen, welche gegen eine neue Verlängerung des Ausnahmegesetzes zu stimmen sich verpflichten; es ist dies die Fortschrittspartei und, sofern die Haltung bei früheren Gelegenheiten noch maßgebend, der größte Theil des Centrums. Nebenbei bemerkt, wäre es von Wichtigkeit, bald zu erfahren, ob die Auffassung zur „liberalen Partei“ die Ablehnung einer Erneuerung des Socialistengesetzes zur nothwendigen Voraussetzung hat; das Urtheil der Fortschrittspartei und ihrer Presse über das Gesetz ist stets derart gewesen, daß man Dies annehmen muß.

Die Secessionisten aber haben fast ohne Ausnahme für das Gesetz und seine Verlängerung gestimmt. In der bevorstehenden Gesetzgebungsperiode wird ohne Zweifel eine neue Verlängerung dieses Gesetzes beantragt werden. Es dürfte für die Wähler von Interesse sein, sich rechtzeitig zu vergewissern, inwieweit die Zugehörigkeit zum „entschiedenen“ Liberalismus es erfordert, den gesetzlichen Schutz gegen die Ausschreitungen der social-demagogischen Hetzereien beseitigen zu helfen. Die andere Erwägung, welche bei der Stimmabgabe der Socialdemokraten bei engeren Wahlen oder in Wahlkreisen, wo sie eigene Candidaten nicht aufstellen, in Betracht kommen wird, ist die, ob nicht doch den arbeiterfreundlichen Plänen des Reichskanzlers und seinen freigebig ausgestreuten Versprechungen vom socialistischen Standpuncte aus eine günstige Seite abzugewinnen ist. Man erinnert sich ja, daß im Reichstag die socialdemokratischen Abgeordneten sich keineswegs ganz ablehnend gegen das Unfallgesetz verhielten, daß Liebknecht den Reichskanzler in gewissem Sinne als Bundesgenossen begrüßte; noch verlockender dürfte Vielen die Idee der Alters- und Invalidenversicherung erscheinen.

Bis jetzt ist nun freilich in der Wahlbewegung eine Hinneigung dieser Partei zu den conservativen Freunden des Reichskanzlers nicht zu Tage getreten; einer der hervorragendsten und entschiedensten unter denselben, Adolf Wagner, hat noch dieser Tage in Elberfeld und Barmen einen harten Kampf mit seinen socialdemokratischen Gegnern auszufechten gehabt. Allein es erscheint uns doch keineswegs ausgeschlossen, daß die Socialdemokraten unter Umständen einem conservativen Anhänger der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers ihre Stimmen geben. Es war gewiß ein Fehler des „vorgeschrittenen“ Liberalismus, daß er sich ablehnend auch gegen den berechtigten und durchführbaren Kern dieser Vorschläge verhielt. In welchem Grade diese verschiedenartigen Erwägungen schließlich auf die Haltung der Socialdemokraten einwirken werden, wagen wir heute nicht zu entscheiden. Zu den vielen unberechenbaren Einflüssen, die bei den bevorstehenden Wahlen mitspielen, gesellen sich auch die Entschließungen dieser Partei.

Die Vorgänge in Stettin haben in Berlin die größte Sensation hervorgerufen. Daß solche Ausschreitungen in einer der größten Städte der preußischen Monarchie, am Sitze der Regierung und des Armeecorps-Commandos möglich sind, scheint doch auch selbst in höheren Regionen, in welchen man bisher diese ganze Bewegung ziemlich leicht genommen hatte, ernste Bedenken hervorgerufen zu haben. Inzwischen kommen bittere Klagen aus den Gemeinden derjenigen Städte Pommerns und Westpreußens, in welchen Judenkrawalle stattfanden, wegen der den Stadtbehörden zufallenden Entschädigungslast, welche sich an einzelnen kleinen Orten, z. B. in Schievelbein, bis zur Höhe von 150,000 Mark steigert. — Ueber die Stettiner Excesse vom Dienstag liegt heute der folgende Specialbericht der N. St. Z. vor:

Schon kurz nach 8 Uhr sammelte sich in der Langebrückstraße eine Menge von Arbeitern, Gesellen, Lehrjungen und dgl. an, die unter Gejohle und Hep-Hep-rufen sich fortbewegte. Schon jetzt kamen einzelne Verhaftungen vor. Verschiedene Trupps durchzogen sodann die dort mündenden Straßen, die Menschenmassen sammelten sich in einem immer größeren Maßstabe an, bis sich dieselben im unteren Theil der Breiten Straße zusammenstauten und sich in wüstem Schreien aller Art, in Pfeifen und Gejohle ergötzten; eine Patrouille in der Stärke von sieben Mann mit aufgepflanztem Bajonnet trieb sie schließlich auseinander. Die Schutzmannschaften hatten sich an verschiedenen Kreuzungspunkten der unruhigsten Straßen mit blanker Waffe aufgestellt und verhinderten dadurch, daß sich die Massen nach einem Puncte concentriren konnten. Mehrfach mußten einzelne Gruppen, die sich den Anordnungen der Polizei nicht fügten, mit Säbelhieben auseinander getrieben werden. Dabei wurden Schutzleute mit Steinwürfen empfangen, ohne daß jedoch erhebliche Verletzungen vorgekommen wären. Derartige Scenen spielten sich bis 10½ Uhr in der Reifschläger-, Papen-, Langebrück-, Mönchen-, Breiten Straße rc. zu wiederholten Malen ab. Im Ganzen machte der Krawall den Eindruck gänzlicher Thorheit; theilweise wurde, wie immer in solchen Fällen, gegen das energische Einschreiten der Sicherheitsbehörde stark opponirt; Eigenthumsbeschädigungen kamen nicht vor. Es kann ja leider nicht ausbleiben, daß auch von Seiten der Polizei hier und da etwas scharf vorgegangen wird; doch sollte Jeder, der sich als neugieriger Zuschauer bei diesen Vorgängen einfindet und hier und da eine barsche Zurechtweisung erfährt, bedenken, daß sich dergleichen kaum vermeiden läßt, und daß er sich etwaige Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben hat. Vor Allem halten wir es für gänzlich überflüssig, daß, wie wir mehrfach bemerkten, sich jüdische Mitbürger, namentlich jüngere, unter die Menge mischen. Ueber die Zahl der vorgenommenen Verhaftungen liegen genauere Daten noch nicht vor. (Ein Telegramm meldet aus gegen 50 Verhaftungen. D. R. d. L. T.) Die gänzliche Erfolglosigkeit und Ziellosigkeit auch des gestrigen Putsches tritt so deutlich zu Tage, daß eine weitere Fortsetzung dieses Unfugs hoffentlich ausgeschlossen bleibt. Eine ernste Mahnung liegt in diesen Vorgängen auf jeden Fall: wir denken, sie wird auf fruchtbaren Boden fallen.

In Breslau ist es, trotz mannigfacher, allerdings ziemlich kindischer Versuche, Dank dem gesunden Sinne der Bevölkerung, zu ernsten Ausschreitungen nicht gekommen. Die „Breslauer Zeitung“ berichtet darüber:

„Wir freilich nach unserem Studium der großen Masse des Volkes — wir sprechen hier gerade nicht von den Gebildeten — meinen, daß man auf den gesunden Sinn unserer Bevölkerung sich ruhig verlassen kann. Das hat sie vor einigen Monaten erst bewiesen. Uns hat ein ruhiger, unserer Partei nicht angehöriger gut conservativer Mann, der der hiesigen Henrici'schen Versammlung beigewohnt hat, versichert, die demagogische Sprache des Herrn Henrici habe die Menge so fanatisirt, daß er sich nicht gewundert hätte, wenn sie gegen eine Classe der Bevölkerung, die der Redner ausnahmslos so ungefähr wie den Abschaum der Menschen hinstellte, losgeschlagen hätte. Das war die Versammlung, welche unter der anscheinend reservirten Sympathie hiesiger hochangesehener oder unter der Aegide sehr einflußreicher Männer stehender Zeitungen stattgehabt hat und über welche jene Blätter mit Genugthuung meldeten, wie man Juden — die bekanntlich keine Juden waren — aus dem Saale so herausgehauen hat, daß sie aufs Krankenbett kamen. Wir haben die skandalöse Versammlung ignorirt; vielleicht kommen wir doch aber noch einmal darauf zurück, um zur Kennzeichnung gewisser Kreise zu berichten, was für Männer es z. B. für angezeigt gehalten haben, der famosen Rede des Herrn Henrici zuzuhören.

Also wir sind für die Dampfspritze auch in Zukunft (in Breslau war das Gerücht verbreitet, die Behörde hätte bei einem Anzeichen von Krawall die Dampfspritze heizen lassen, um die Massen mit Wasserstrahlen auseinander zu treiben. D. Red. d. L. T.); wir meinen aber allen Ernstes, wenn man doch vielleicht wieder Lust verspürt, durch Herrn Henrici oder Herrn Winterfeld Haß und Verachtung nicht etwa gegen eine Partei, sondern gegen eine ganze Classe der Bevölkerung predigen zu lassen — so dürfte nach unserer Meinung die Dampfspritze vielleicht nicht immer genügen.

Wir haben nicht eine Spur von Besorgniß: unsere Polizei und unser Militair wird dafür sorgen, daß die Saaten unserer Herren Antisemiten nicht so feurig aufgehen — aber daß bethörte und verführte Mitbürger nicht ins Unglück gerathen, Das liegt uns am Herzen. Und darum wollen wir rechtzeitig einen Warnungsruf ergehen lassen. Mögen bei den bevorstehenden Wahlen die Wogen noch so hoch gehen, möge man sich mit den schneidigsten Waffen bekämpfen; wir wünschen aber, daß der besonnene Theil unserer Einwohnerschaft ohne Unterschied der Partei und der Confession einigen fanatischen Hetzern, welche Unruhe und Verwirrung seit Jahren in unsere Stadt gebracht haben, endlich das Handwerk lege.“

Die sonst so redseligen Officiösen sind in Bezug auf den Stand des Culturkampfes sehr schweigsam. Mußte es schon am vergangenen Mittwoch befremden, daß die „Prov.-Corr.“ kein Wort über den Stand der kirchenpolitischen Frage sagte, so ist es um so auffallender, daß sie ihr System des Schweigens auch heute fortsetzt. Eine gewisse Nichtachtung der öffentlichen Meinung läßt sich diesem Verfahren nicht absprechen. Andererseits liegt es nahe genug, daß sich das Publicum sagt: „Wenn die Regierung auf die herben Kritiken ihrer Verfahrungsart in der Trierer Angelegenheit Nichts zu erwidern hat, dann wird sie wohl nicht umhin können, die Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe zuzugestehen, und es ist damit erwiesen, daß sie zu voreilig der Curie sich genähert.“ Solche Schlußfolgerung des gesunden Verstandes der Massen fordert gewiß zu einer Entgegnung heraus, und Herr v. Goßler wird es wohl verschieben, aber nicht auf die Dauer vermeiden können, sie in der einen oder der anderen Form zu geben. — Auch die „Nationalliberale Correspondenz“ äußert sich in diesem Sinne:

„Allgemein hat man angenommen, daß der gegenwärtige Aufenthalt des Reichskanzlers in Berlin mit wichtigen Entschlüssen in der kirchenpolitischen Frage in Zusammenhang stehe. Ueber der Stellung, welche die Regierung gegenwärtig in dieser Frage einnimmt, über dem, was bereits geschehen und was noch beabsichtigt ist, schwebt ein geheimnißvolles Dunkel, welches nicht wenig zur Verwirrung und Unklarheit der ganzen Lage beiträgt. In Trier führt sich ein neuer Bischof mit einem von kirchlicher Seite ertheilten Mandat ein, und wir erfahren kein Wort, ob und unter welchen Voraussetzungen ihm die staatliche Anerkennung zu Theil geworden, ob ihm der Eid erlassen ist, ob er in der Anzeigefrage irgend welche Garantien bietet, ob man unbedingt und ohne irgend welche Cautelen aus der Hand der Curie einen Bischof entgegen genommen hat. Wir erfahren kein Wort darüber, in welcher Weise diese neue Bischofsernennung als ein Unterpfand einer Verständigung im Kampfe betrachtet werden kann, ob der Bischof bezw. die Curie zu irgend einem practischen modus vivendi unter Aufrechterhaltung der wesentlichen Bestandtheile der Maigesetze die Hand geboten haben oder ob die Zertrümmerung dieser Gesetze im Interesse des Friedens mit dem Ultramontanismus im Plane liegt. Das Dunkel, in welches die Regierung diese ganze Angelegenheit gehüllt hat, ist ihr nicht zu Statten gekommen; ihre Haltung hat in der liberalen Presse eine Beurtheilung gefunden, die vielleicht noch schärfer ist, als durch die Thatsachen gerechtfertigt. Das vollständige Schweigen der Regierung über Vorgänge, die dem ganzen Volk nahe am Herzen liegen, mußte man sich so deuten, als ob dieselbe im Bewußtsein, die öffentliche Meinung nicht auf ihrer Seite zu haben, Scheu trage, über die Schritte, die sie bereits gethan und noch beabsichtigt, Klarheit zu verbreiten. Sie muß inzwischen die Erfahrung gemacht haben, daß ihr dies Verhalten keinen Nutzen gebracht hat.“

Zur Frage der Autorschaft der bekannten Canossa-Artikel der Augsburger „Allg. Ztg.“ schreibt das Berliner Jesuitenblatt, die „Germania“: „Es fangen zu viele adlige Namen mit einem großen S an. v. Schulte bestreitet es, v. Scherer und Alexander v. Sybel verlieren durch den zweiten Artikel den Nimbus der Autorschaft. Jetzt deuten einige Blätter an, ein Mitglied des Geschlechtes v. Salm habe das zornige Lied von Canossa gesungen. Wenn sie einmal soweit gerathen haben, dann könnten sie auch gleich den Gothaischen S. 168 aufschlagen, wo verzeichnet steht, Fürst Alfred Salm-Reifferscheid-Dyck, königlich preußischer Oberst-Marschall und erbliches Mitglied des Herrenhauses. Derselbe zählt zur katholischen Confession, wohnt auf Dyck bei Neuß in der Erzdiöcese Köln, ist 1811 geboren und hat also sowohl das Alter als die Stellung, um schon zu Mühler's Zeiten an maßgebendster Stelle sich hören zu lassen, hat im Jahre 1872 bei der Abstimmung im Herrenhause für das Schulaufsichtsgesetz votirt und damit seine kirchliche Anschauung im Sinne des v. S. documentirt. In wie weit Se. Durchlaucht bei der Abfassung der Artikel, insbesondere der elsässischen Allinea, von Herrn Alexander v. Sybel, dem ehemaligen Straßburger Regierungsrath aus Düsseldorf in der Nähe von Neuß, unterstützt worden ist, weiß ich nicht.“ Das klingt, als ob die „Germania“ in der That den Fürsten Salm für den Autor hielte.

Dem Reichstage wird in seiner nächsten Session ein Gesetzentwurf zugehen, welcher nach Art des Gesetzes über die Pensionen der Wittwen und Waisen von Reichsbeamten auch den Hinterbliebenen der Officiere und Beamten in Heer und Marine die gleichen Wohlthaten zu Theil werden lassen soll. Von der Beitragspflicht der unverheiratheten Officiere zu der Pensionscasse wird Abstand genommen werden. Wie es heißt, ist auch für Preußen ein entsprechendes Gesetz oder vielmehr eine Revision des bestehenden Wittwencassenwesens in Vorbereitung. Das letztere beruht auf Grundsätzen, deren Unhaltbarkeit selbst der Finanzminister Bitter in letzter Zeit zugegeben hat.

Mit Bezug auf die bekannte Resolution, welche jüngst von einer Versammlung liberaler Wähler in Marienburg gefaßt wurde, nämlich in jedem westpreußischen Wahlkreise unter Hintansetzung aller Fractionsunterschiede einen liberalen Candidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen, bemerkt die „Prov.-Corr.“ unter der Ueberschrift: National oder liberal? Folgendes:

„So begreiflich wir es vom liberalen Standpuncte aus finden, wenn in denjenigen Kreisen, in welchen die deutschen Wähler selbst bei einer Stimmenzersplitterung den Polen gegenüber die Majorität besitzen, durch Vereinigung sämmtlicher liberaler Stimmen der Versuch gemacht wird, einem liberalen Candidaten gegenüber einem conservativen zum Siege zu verhelfen, so wenig vermögen wir eine Durchführung der Marienburger Resolution in den von der polnischen Partei umworbenen zweifelhaften Wahlkreisen mit dem so oft von der liberalen Partei betonten Patriotismus oder mit der so häufig von ihr wiederholten Versicherung wirklich nationaler Gesinnung in Einklang zu bringen. Am wenigsten vermögen wir aber zu verstehen, wie einsichtige Politiker zu einem derartigen, die deutsche Sache im höchsten Grade gefährdenden Vorgehen der liberalen Partei in Westpreußen ihre Zustimmung haben geben können. Wir können nicht dringend genug davor warnen, die deutsche Sache den unberechenbaren Zufällen einer engeren Wahl preiszugeben, und würden es lebhaft bedauern müssen, wenn die liberale Partei, vor die Alternative „national oder liberal“ gestellt, sich nicht noch rechtzeitig entschlösse, ihre speciellen Partei-Interessen den nationalen Interessen zum Opfer zu bringen. Die Verantwortung für eine Niederlage der deutschen Sache würde sie allein zu tragen haben.“

Betreffs des Wahltermins wird den „Hamb. Nachr.“ aus Mecklenburg geschrieben: „Die mecklenburgische Regierung hat behufs Anfertigung der Wahllisten vertraulich in Berlin anfragen lassen, ob und wann etwa der Termin zur Vornahme der Reichstagswahlen schon bestimmt sei. Es ist darauf erwidert worden, daß der Tag der Wahlen zwar noch nicht bestimmt festgesetzt sei, jedenfalls aber nicht vor Mitte October erfolgen würde. Man legt in Berlin Gewicht darauf, daß alle Ernte- und Saatarbeiten am Wahltage schon möglichst beendet sind, damit die ländlichen Wähler nicht wegen ihrer Arbeit vom Wählen abgehalten werden, sondern möglichst zahlreich erscheinen möchten.“

Generalfeldmarschall Graf Moltke ist am Sonnabend Abend von Stockholm abgereist, um zunächst einen Verwandten in Schonen zu besuchen. Die hauptstädtischen Preßorgane widmen dem deutschen Feldherrn fast ausnahmslos einige Abschiedsworte. „Aftonbladet“, das bedeutendste schwedische Blatt, schreibt: „Graf Moltke wurde bei der Abreise von der Centralstation von einer zahlreichen Zuschauerschaar, die sich eingefunden hatte, um dem berühmten Krieger ein Lebewohl seitens der schwedischen Hauptstadt zu bringen, mit Hurrahrufen begrüßt. Schon vorher war er von einem anderen Theil der hauptstädtischen Bevölkerung auf dem Hasselbacken lebhaft begrüßt worden. . . . . Der Besuch des deutschen Heerführers in unserer Hauptstadt ist ein kurzer gewesen, dürfte aber bei Demselben eine angenehme Erinnerung zurücklassen, gleichwie alle Diejenigen, welche den großen Mann sahen, sich sicher noch lange der Einfachheit und Anspruchslosigkeit erinnern werden, mit welcher er überall, wo er sich in der Hauptstadt sehen ließ, auftrat.“ Diese Sprache des schwedischen Blattes klingt ganz anders als die, welche die dänischen Blätter nach dem Moltke'schen Besuche in Kopenhagen führten.

Der „Düsseld. Anz.“ schreibt: „Die unrichtige Mittheilung in auswärtigen Zeitungen, das Sedanfest sei von der Stadt Düsseldorf gänzlich fallen gelassen, veranlaßte den hiesigen französischen Consul zu einer französischen Anfrage an die städtische Verwaltung, ob es wahr sei, daß mit Rücksicht auf das Nationalgefühl einer benachbarten befreundeten Nation die Feier des Sedantages unterbleiben solle. Wie uns versichert wird, ist dem Herrn Consul von der betreffenden Stelle die deutsche Antwort geworden, daß man an ein Aufgeben des Sedanfestes hierorts nicht denke, der Sedantag auch nicht eine Erinnerung an die Niederlagen der Franzosen, sondern eine Belebung und Erhebung des deutschen Nationalgefühles und Patriotismus bedeuten solle.“ Darauf ist der Redaction des genannten Blattes von dem französischen Consul in Düsseldorf ein Schreiben zugegangen, worin derselbe erklärt, seine Anfrage in Betreff des Sedanfestes sei dadurch veranlaßt worden, daß er zu Denjenigen gehört habe, denen die Subscriptions-Listen für die Ferien-Colonien armer Kinder zugeschickt worden seien, und er auch seinen Beitrag zu diesem, auch in fremden Ländern nachahmungswerthen Wohlthätigkeitswerke den Gaben anderer Stadtbewohner recht gern zugesellt habe. Als er später und unerwartet durch die „Kölnische Zeitung“ erfahren habe, daß der Fest-Auszug der Düsseldorfer Schulkinder am Sedantage diesmal nicht stattfinden solle, und daß die Summe von 1000 Mark, welche bisher den Kostenaufwand des Festes gedeckt, von der Stadtverordneten-Versammlung zu Gunsten der Ferien-Colonien armer Kinder verwendet werden dürfe, habe er als französischer Mitspender für ein deutsches Wohlthätigkeitsunternehmen das leicht erklärliche Begehren empfunden, über die Richtigkeit der angegebenen Thatsache nähere Auskunft zu erhalten, worauf auch in bereitwilligster Weise die Antwort eingetroffen sei.

Der „Pester Lloyd“ bespricht in heftiger Weise eine Grenzverletzung im Haromszeker Comitate. Dieselbe sei ein neuer Beweis der stetigen rumänischen Agitation gegen Oesterreich-Ungarn und stehe im Zusammenhange mit der Agitation der rumänischen Sendboten unter der rumänischen Bevölkerung Siebenbürgens. Rumänien müsse eine energische Zurückweisung erfahren, da sonst Serbien und Bulgarien dem Beispiele Rumäniens folgen und die Interessen Oesterreich-Ungarns im Orient stark gefährden könnten.

Die Regierung in Rußland konnte zwar bisher thun und lassen was sie wollte; Beschränkungen gab es für sie nicht, wenn sie es für gut fand, die persönliche Freiheit zu unterdrücken. Diesem rohen Absolutismus soll jetzt aber ein Ende gemacht werden. Die Regierung will mit der Zeit fortschreiten und ihrer unbeschränkten Gewalt das Mäntelchen der Gesetzmäßigkeit umhängen, wie es civilisirten Staaten ziemt. Zu diesem Behufe wurde vor einiger Zeit eine Commission unter dem Vorsitze des Staatssecretärs Kochanow beauftragt, ein Gesetz über außerordentliche Polizeimaßregeln auszuarbeiten. Diese Commission arbeitete mit ganz ungewöhnlichem Eifer und soll den Entwurf schon fertig haben. Schwer ist ihre Aufgabe freilich nicht gewesen. Herr Kochanow hat nämlich von Deutschland die Einrichtung des großen und kleinen Belagerungszustandes entlehnt, und schlägt vor, dieselbe in Rußland einzuführen. Um aber dem Fortschritt Rechnung zu tragen, hat er den kleinen Belagerungszustand „Zustand der gestörten Ruhe“ und den großen „Zustand der Gefahr“ getauft. Der erstere Zustand darf auf ein ganzes, der letztere nur auf ein halbes Jahr vom Gouverneur verhängt werden. Die Bestätigung erfolgt durch das Minister-Comité. Auch die „Verbannung auf administrativem Wege“ soll geregelt und zwar nicht mehr auf unbestimmte Zeit verfügt werden. Wie hoch das Maximum genommen werden darf, ist noch nicht angegeben. Trotzdem kennt man, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, von dem Gesetzentwurf schon genug, um die ganze Arbeit der Commission für reine Zeitvergeudung zu erklären, denn im Wesentlichen bleibt Alles beim Alten.

Durch die telegraphisch gemeldete Abstimmung des englischen Oberhauses ist die große Krisis beendigt. Trotz aller Aenderungen ist die Landvorlage nur unmerklich von der ursprünglichen Fassung verschieden, so daß Parnell's Behauptung, sie sei durch die Feinde Irlands verkrüppelt worden, eine [illegible] ist. Die Regierung beabsichtigt, nachdem die Vorlage Gesetz geworden, alle Agitationen in Irland mit Strenge niederzuschlagen, weil dann jede Berechtigung der Wühlerei fehlt. Der „Standard“ fährt fort, das Gebaren der Lords als eine Comödie zu behandeln, deren dritter Act Versöhnung mit Fall des Vorhanges unter allgemeinem Beifall gewesen.

Das gestern ausführlich telegraphisch gemeldete Fiasco Gambetta's in Belleville giebt einem Feuilletonisten der „Nat.-Ztg.“ Anlaß zu folgender Bemerkung:

„Bei der Lectüre dieser Berichte wird man unwillkürlich an die Zeit erinnert, in welcher Gambetta in die politische Arena eintrat. Damals gehörte er noch der Bohême des Quartier Latin an und zählte zu den Stammgästen des aus der Zeit der Encyklopädisten her berühmten Café [illegible], in welchem er allnächtlich seine, Frankreich und die Welt umwälzenden Pläne mit dem Eifer und der Suada entwickelte, die für den Redner nachgerade sprichwörtlich geworden sind. Damals pflegte es ihm häufig zu geschehen, daß er in der von eigenem Wortschwall erzeugten Erregung und Begeisterung völlig übersah, wie einer der Zuhörer nach dem anderen das Local verließ, so daß der Redner sich im leeren Raum befand, ganz wie es gestern Abend seinen Getreuen geschah, welche auch vor leeren Bänken sprachen. Freilich ist geraume Zeit seit jenen ersten Rednerversuchen verstrichen, und Gambetta darf seit dem Ausgange der sechziger Jahre, wo er zum ersten Mal als Vertreter von Belleville in den gesetzgebenden Körper des Kaiserreiches gewählt wurde, eine Fülle glänzender Erfolge verzeichnen, wie sie der damalige Bohême bei allem Ehrgeiz und allem Selbstgefühl sicherlich nicht geahnt hat. So liegt denn auch der Vergleich zwischen dem gestrigen Abend, an dem er [illegible], von seinen ehemaligen Anhängern mit dem Schimpfwort „Renegat“ belegt, das Feld räumen mußte, und dem Beginn seiner politischen Laufbahn nahe genug. So groß aber war selbst gestern noch die Siegeszuversicht Gambetta's, daß er an der Spitze der „République Française“ pomphaft ankündigen ließ, das Blatt werde heute bereits „den ausführlichen stenographischen Bericht der Rede mittheilen, welche er in der Wahlversammlung von Belleville halten werde“. Eine im Keime erstickte Wahlrede!“

Die Gambettistische Presse setzt natürlich Himmel und Erde in Bewegung, um die Bedeutung dieser kolossalen Schlappe abzuschwächen. Auch das radical-republikanische Comité von Belleville tadelt in einer Protesterklärung energisch die Urheber der Unordnungen in der Versammlung von Charonne und spricht die Hoffnung aus, daß alle wahren Republikaner Gambetta rächen werden, indem sie ihm ihre Stimmen geben. Die Versammlung fand in dem Stadtviertel Charonne statt; dasselbe wird durch den Père Lachaise von dem Stadtviertel Menilmontant getrennt, und man überblickt es, wenn man von der Höhe des Kirchhofes das Auge nach Vincennes hinüberwendet. Charonne gehört mit zum 20. Arrondissement von Paris, dessen Mairie in Menilmontant steht, das man aber in der letzten Zeit gewöhnlich nach dem Viertel Belleville genannt hat.